

Jens Kaltenborn

Der Schutz der kommunalen Selbstverwaltung im Recht der Europäischen Union



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
1. Kapitel: Die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung in Art. 28 Abs. 2 GG und ihr Verhältnis zum Europäischen Gemeinschaftsrecht	15
A. Die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung in Art. 28 Abs. 2 GG	15
I. Die Selbstverwaltung der Gemeinden	16
1. Die Allzuständigkeit für die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	16
2. Die Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden	17
3. Im Rahmen der Gesetze	18
a) Der Kernbereich der gemeindlichen Selbstverwaltung	18
b) Der Randbereich der gemeindlichen Selbstverwaltung	20
II. Die Selbstverwaltung der Gemeindeverbände	20
B. Das Verhältnis zwischen dem Europäischen Gemeinschaftsrecht und der Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung in Art. 28 Abs. 2 GG	21
I. Die Vorrangfrage	21
1. Die Haltung des Europäischen Gerichtshofs	22
2. Die Haltung des Bundesverfassungsgerichts	22
II. Die Nachrangigkeit der Vorrangfrage	23
2. Kapitel: Ansätze zu einer Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung auf europäischer Ebene?	27
A. Die Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung als Bestandteil des Europäischen Gemeinschaftsrechts?	27
I. Das geschriebene Gemeinschaftsrecht	27
1. Das Subsidiaritätsprinzip als Ansatz zu einer gemeinschaftsrechtlichen Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung?	29
a) Ursprünge und Inhalt des Subsidiaritätsprinzips	29
b) Die gemeinschaftsrechtliche Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips	31
aa) Das Subsidiaritätsprinzip und die europäische Integration	31

bb) Die Regelung im Vertrag von Maastricht	32
cc) Die Justitiabilität des Subsidiaritätsprinzips	35
c) Die Schutzwirkung des Subsidiaritätsprinzips für die kommunale Selbstverwaltung	39
aa) Die Wirkung des Subsidiaritätsprinzips im Verhältnis der Gemeinschaft zu den Kommunen	39
bb) Die Art der Schutzwirkung	41
2. Die Bedeutung des Ausschusses der Regionen für die kommunale Selbstverwaltung	42
a) Die Regelung der Art. 198a - 198c EGV	42
b) Der Ausschuß der Regionen als Ansatz zu einer institutionellen Mitwirkung der Kommunen auf europäischer Ebene	44
II. Das ungeschriebene Gemeinschaftsrecht	46
1. Die Bedeutung und die Herleitung allgemeiner Rechtsgrundsätze im Gemeinschaftsrecht	46
2. Die Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung als allgemeiner, den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsamer Rechtsgrundsatz?	48
3. Die Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung als Ausfluß des allgemeinen gemeinschaftsrechtlichen Demokratiegrundsatzes?	51
B. Die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung	53
I. Entstehung und Inhalt der Charta	53
II. Die Rechtsnatur der Charta	55
III. Die Bedeutung der Charta für die Begründung eines Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Gemeinschaftsebene	57
1. Die fehlende unmittelbare Bindung der Europäischen Gemeinschaften an die Charta	58
2. Die Rechtsinhalte der Charta als Gegenstand eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes des Gemeinschaftsrechts?	61
3. Kapitel: Die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung im Europäischen Gemeinschaftsrecht	65
A. Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue als Anknüpfungspunkt für eine Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung	66
I. Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue	66
1. Begriff und Herleitung	66
2. Die Bindung der Gemeinschaften und ihrer Organe	67

II.	Die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung durch den Grundsatz der Gemeinschaftstreue	70
1.	Die Gemeinschaftstreue als Grundlage der Verpflichtung der Gemeinschaften zur Rücksichtnahme auf die identitätsbestimmenden Verfassungsstrukturen der Mitgliedstaaten	70
2.	Die kommunale Selbstverwaltung im Sinne des Art. 28 Abs. 2 GG als Bestandteil der identitätsbestimmenden Strukturen des Grundgesetzes	73
a)	Die identitätsbestimmenden Strukturen des Grundgesetzes	73
aa)	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	73
aaa)	Die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts	73
bbb)	Die Deutung der bundesverfassungsgerichtlichen Aussagen	76
ccc)	Konsequenzen für die kommunale Selbstverwaltung	77
bb)	Die Regelung des Art. 23 Abs. 1 GG als Anknüpfungspunkt für die Ermittlung der identitätsbestimmenden Strukturen des Grundgesetzes	79
aaa)	Die Regelung des Art. 23 Abs. 1 GG	79
bbb)	Die Umschreibung der identitätsbestimmenden Strukturen des Grundgesetzes in Art. 23 Abs. 1 GG	81
b)	Der Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung als identitätsbestimmendes Strukturelement des Grundgesetzes	86
B.	Der gemeinschaftsrechtliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Anknüpfungspunkt für eine Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung	92
I.	Der gemeinschaftsrechtliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	92
1.	Grundlagen und Herleitung	92
a)	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in nationalen und internationalen Rechtsordnungen	92
b)	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Gemeinschaftsrecht	93
2.	Inhalt und Funktionen	95
a)	Inhalt	95
aa)	Der Teilgrundsatz der Geeignetheit	97
bb)	Der Teilgrundsatz der Erforderlichkeit	98
cc)	Der Teilgrundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	99
b)	Funktionen	99
II.	Die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung durch Art. 3b Abs. 3 EGV	101
1.	Art. 3b Abs. 3 EGV als Maßstab für das Handeln der Gemeinschaft im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten und deren Gebietskörperschaften	101
2.	Der Umfang der Sicherung	103
C.	Zusammenfassende Betrachtung	104

4. Kapitel: Ausblick	108
A. Die Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung in einer künftigen europäischen Verfassung?	108
B. Die Notwendigkeit einer gesteigerten Mitwirkung der Kommunen an Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene	111
Schlußwort	116
Literatur	117